

„Wahlweise gesund“ – Wahlprüfsteine 2009

Der Hartmannbund Deutschland hat zur Bundestagswahl im September eine Kampagne unter dem Motto „wahlweise gesund“ gestartet. Der Landesverband Bayern lud Anfang Juli die Gesundheitspolitischen Sprecher der im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien zu einer Podiumsdiskussion ein. Privatdozent Dr. Dr. Thomas Angerpointner, Vorsitzender des Hartmannbundes – Landesverband Bayern, betonte in seiner Begrüßung, dass die Bundestagswahl eine Richtungsentscheidung für das deutsche Gesundheitswesen werde. Der Hartmannbund habe deshalb verschiedene Fragen unter dem Schlagwort „Wahlprüfsteine 2009“ erstellt und Politiker um deren Beantwortung gebeten. Von den Freien Wählern sei leider keine Reaktion gekommen.



Podiumsdiskussion mit Theresa Schopper (Die Grünen), Kathrin Sonnenholzner (SPD), Privatdozent Dr. Dr. Thomas Angerpointner, Dr. Otto Bertermann (FDP) und Dr. Thomas Zimmermann (CSU) – v. li.

Dr. Thomas Zimmermann, MdL (CSU), sieht aktuell drei große Herausforderungen im Gesundheitsbereich: Die Honorarreform sei völlig unzulänglich, der Gesundheitsfonds sei ein bürokratisches Monster und im Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) seien nicht in ausreichendem Maße Krankheitsbilder abgebildet. Zimmermann betonte, dass an der aktuellen Situation auch die Ärzte selbst nicht unerheblich beteiligt seien: „Das Regelleistungsvolumina (RLV) ist zum Beispiel auf dem Mist der Kassenärztlichen Bundesvereinigung entstanden“. Die CSU betont laut Parteiprogramm den Wert der Freien Berufe als tragende Säule erstklassiger Patientenversorgung. Wichtig seien auch die Therapiefreiheit sowie freie Arzt- und Krankenhauswahl. Die Finanzierung des Gesundheitswesens müsse im Hinblick auf mehr Generationengerechtigkeit weiterentwickelt werden. Die Vollversicherung der Privaten Krankenversicherung (PKV) soll dabei erhalten bleiben. Für die Versicherten werden zusätzliche Belastungen in Grenzen gehalten. Dabei sei die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen ein wichtiges Element.

Kathrin Sonnenholzner, MdL (SPD), bezeichnete den bestehenden Leistungskatalog im Gesundheitswesen als eine gute Grundlage für das medizinisch Notwendige. Für eine gute Patientenversorgung sei auch die Zufriedenheit des gesamten medizinischen Personals sehr wichtig. Die SPD sage „Ja“ zum Arzt als Freien Beruf. Medizinische Versorgungszentren (MVZ)

würden von der SPD nicht favorisiert, sie seien aber ein sinnvolles zusätzliches Instrument für die flächendeckende Versorgung. Am Sachleistungsprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung wolle die SPD nicht rütteln, die Kosten-Nutzen-Bewertung bei Arzneimitteln und Therapien sei weiter auszubauen. Sonnenholzner erklärte zur Finanzierung des Gesundheitssystems: „Die Bürgerversicherung als solidarisches und paritätisches System hat sich bewährt und soll beibehalten werden“. Laut SPD-Parteiprogramm sollen alle Einkommen zur Finanzierung herangezogen werden und die PKV in den Gesundheitsfonds integriert werden.

Für die FDP stellte Dr. Otto Bertermann, MdL, fest: „Das bestehende System kann nicht mehr reformiert werden.“ Alles müsse auf den Prüfstand, da es im Gesundheitswesen seit vielen Jahren in die falsche Richtung laufe. Bertermann forderte mehr Transparenz und Planungssicherheit für die Ärztinnen und Ärzte: „Es darf keine instabilen quartalsmäßigen Einkommensverhältnisse geben“. Die FDP fordere einen verstärkten Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Solidarität und Eigenverantwortung müsse laut Wahlprogramm der FDP in Einklang gebracht werden. Bei der Finanzierung wolle die FDP weg von der Lohnbezogenheit der Krankenkassenbeiträge hin zu einem Kapitaldeckungsverfahren. Eine Grundversorgungs-Versicherung soll Pflicht sein. Wen das überfordere, erhalte Steuertransfers vom Staat.

Theresa Schopper, MdL (Die Grünen), sieht in der aktuellen Gesundheitspolitik den Höhepunkt der Unzufriedenheit erreicht: „Wir wollen einen Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik“. Vor allem die Prävention sei wichtig. Bei der Finanzierungsthematik dürfe nicht vergessen werden, dass es in Teilbereichen auch Überversorgungen geben würde. Ein klares „Ja“ gebe es zu einer Umgestaltung in Richtung Bürgerversicherung mit Einbeziehung weiterer Einkommensarten. Die Grünen stünden zum Arzt als freien Beruf und zur freien Arztwahl. Ein Mehr an Kostentransparenz sei notwendig, zum Beispiel durch eine quartalsmäßige verständliche Abrechnung für die Patienten.

In der anschließenden sehr engagierten und emotionalen Diskussion versuchten die anwesenden Zuhörer den Politikern die Dramatik der aktuellen Situation im Gesundheitswesen darzustellen. Dabei wurden vor allem die unglückliche Honorarreform, der Gesundheitsfonds und die Zukunft der ärztlichen stationären und ambulanten flächendeckenden Versorgung in Bayern diskutiert und kritisiert. Wie der Gordische Knoten im Gesundheitssystem allerdings durchschlagen werden könnte, darauf hatten weder die Politiker noch die anwesenden Betroffenen eine passende Antwort.

Jodok Müller (BLÄK)